

21.12.17

Mehr Lehrerstellen für Inklusion an Schulen beschlossen

Hamburg. Ein Volksentscheid zur Inklusion ist abgewendet: Am Mittwoch übergaben die Vertrauensleute der Volksinitiative "Gute Inklusion" im Rathaus ein Rücknahmeschreiben an den Senat, in dem sie erklären, dass sie ihr Vorhaben stoppen werden. Zuvor hatte die Bürgerschaft einem Antrag der rot-grünen Regierungsfractionen zugestimmt, wonach bis 2023 rund 295 zusätzliche Lehrerstellen für die Betreuung von Kindern mit Behinderungen und von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf geschaffen werden sollen. Außerdem sollen in den nächsten zehn Jahren mindestens 100 Millionen Euro für barrierefreie Schulen investiert werden.

In der vorangehenden Debatte hatte Birgit Stöver von der CDU gesagt, der Senat habe "lange versucht, die Volksinitiative auszuhebeln". Die Einigung mit der Initiative sei zwar ein gutes Ergebnis. "Aber nach wie vor fehlt ihnen ein Konzept", sagte Stöver an die Adresse der rot-grünen Fraktionen. "Rot-Grün handelt nur unter Druck", sagte Anna von Treuenfels-Frowein von der FDP. "Die Lösung des fleißigen Notdienstes kann sich aber durchaus sehen lassen." Sie forderte breiter angelegte Fördermaßnahmen. Die SPD warf der CDU vor, auf eine "Rückabwicklung der Inklusion" hingearbeitet zu haben. Das wies Birgit Stöver zurück. Hätte Rot-Grün früher auf die CDU gehört, wäre es gar nicht zu einer Auseinandersetzung mit der Volksinitiative gekommen, sagte sie.